

Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland e.V.

Walter Reuschling, [REDACTED]

Konto: [REDACTED]

19. Mai 1995

Gericht kassiert Betriebsgenehmigung für Atomkraftwerk Obrigheim

Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat am 14.4.95 die abschließende Betriebsgenehmigung für das älteste deutsche Atomkraftwerk in Obrigheim aufgehoben, die der Wirtschaftsminister Dr. Spöri 1992 auf Empfehlung von Umweltminister Schäfer (beide SPD) erteilt hatte. Die „Grünen“ werten dies als schallende Ohrfeige für den als Atomgegner bekannten Schäfer.

Geklagt hatten drei Anwohner und die Stadt Heidelberg damit, daß dem gesetzlichen Gebot der Vorsorge gegen Schaden für Leben, Gesundheit und Sachgüter nicht ausreichend Rechnung getragen worden sei.

Die Mannheimer Richter sind der Ansicht, daß die Rechte der Kläger verletzt worden seien. Das Stuttgarter Wirtschaftsministerium habe vor Abschluß des Genehmigungsverfahrens „etwaige Risiken, die von dem tatsächlichen Zustand der seit 1968 betriebenen Anlage ausgehen könnten, nicht abschließend ermittelt und bewertet“, urteilte der VGH. Es sei nicht „abschließend“ geprüft worden, ob die Anlage und vor allem der Reaktor-Druckbehälter noch den gesetzlichen Anforderungen der Schadensvorsorge gerecht werde. Entsprechende Sicherheitsnachweise hätten laut VGH den Betreibern nicht nur als Auflage erteilt werden dürfen, es „hätte das Ergebnis dieser Untersu-

chungen zunächst abgewartet und bewertet werden müssen“.

Außerdem unterließ es das Ministerium laut VGH, das Notfallhandbuch, eine Zusammenstellung zum Vorgehen beim Eintreten von Ereignissen, die über den Störfall-Rahmen hinausgehen, abschließend zu prüfen und zum Gegenstand der Betriebsgenehmigung zu machen.

Derzeit stehen noch drei Gutachten aus. Dabei geht es vor allem um Einhängeproben (zur Erklärung: Stahlproben aus demselben Material wie die Reaktorbauteile; sie hängen im radioaktiven Bereich und verändern sich genauso wie das verwendete Material), die Aufschluß darüber geben sollen, wie stark die Versprödungen beim Reaktor-Druckbehälter sind. Die Bundesanstalt für Materialprüfung hatte hier unlängst Zweifel geäußert.

Der 340 MW-Reaktor läuft also wieder einmal nur auf der Basis der Genehmigung für den Probebetrieb.

Die Betreiber des Atomkraftwerkes kündigten Revision gegen das Urteil an. In der Vergangenheit hatten sie mehrfach mit Schadensersatzforderungen gedroht, falls die Anlage stillgelegt werde. Der normale Betrieb bringt etwa eine Million Mark Einnahmen pro Tag.

Castor-Transport: Nicht gelernt

Es ist grotesk: Die Bundesregierung erzwingt einen unnötigen Atommüll-Transport und nutzt die so provozierten Demonstrationen zur Legitimation längst überwunden geglaubter rechtspolitischer Forderungen. Sitzblockaden wieder härter zu bestrafen und die Kosten für Polizeieinsätze den Demonstranten in Rechnung zu stellen bedeutet, Akzeptanz der Atomenergie gewaltsam herbeiführen zu wollen. Repression ersetzt die Diskussion.

Wenn die CDU/CSU glaubt, ein Argument zu haben, um Sitzblockaden wieder als Nötigung verfolgen zu können, dreht sie die Entwicklung zurück - **friedliche Sitzblockaden sind keine Gewalt.**

Keine Gewalt bei Demonstrationen - darüber gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Woran es aber - bei Betrachtung der Fernsehbilder - übereifrige Politiker zu erinnern gilt: dieses Gebot gilt nicht nur für Demonstranten, auch Polizisten müssen sich zurückhalten.

So wenig sich Sitzblockaden durch Strafandrohung verhindern lassen, so wenig läßt sich in der Bevölkerung die Akzeptanz der Atomenergie erzwingen. Den 9. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hätte die Bundesregierung besser nutzen sollen, aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen.

GfSU-Jahreshauptversammlung am 28. März 1995

Bei der Jahreshauptversammlung in Neckarsulm wurde der Vorstand für die zurückliegende Zeit entlastet. Die Wahlen zum neuen Vorstand ergaben das folgende Bild:

1. Vorsitzender: Walter Reuschling

2. Vorsitzender: Dr. Patrick Fleischmann

Kassier: [REDACTED]

Schriftführer: [REDACTED]

Die bisherige Kassierin, [REDACTED] scheidet wegen erhöhter beruflicher und familiärer Belastung aus der aktiven Arbeit im Vorstand aus, sie will uns aber auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Wir danken Dir, liebe [REDACTED] für die über viele Jahre geleistete Arbeit.

26. April 1996: 10. Tschernobyl-Jahrestag

Die Aktionen zum diesjährigen 9. Jahrestag von Tschernobyl standen weitgehend im Schatten des skandalösen Castor-Transportes vom AKW Philippsburg zum luftgekühlten Lager bei Lüchow-Dannenberg. Die wenigen Aktionen in dieser Region wurden von der regionalen Bürgerinitiative im Umfeld des AKW Neckarwestheim getragen: hier fanden Vortragsveranstaltungen und eine abendliche Mahnwache am AKW statt.

Wir sollten schon heute mit der Vorbereitung des 10. Jahrestages beginnen: wer hat Ideen zu Aktionen und Veranstaltungen, wer macht mit? Bitte meldet Euch.

Bundesverband für Tiergesundheit: Chemische Krücken für die industrielle Fleischproduktion

Ein Fohlen mit seiner Mutter auf der Weide, vier neugierige Schwarzbunte - auch auf der Weide, ein Katzenjunges und ein langhaariger, buntscheckiger Hund - was will der Designer uns damit sagen? Mit diesen Nettigkeiten will er uns motivieren, das Faltblatt durchzublättern, mit dem sich eine neue Organisation vorstellt, der es um „sichere und unbedenkliche tierische Nahrungsmittel“ geht. Wer wird dagegen etwas haben? Auch den Vegetariern dürften naturnah produzierte tierische Lebensmittel lieber sein als lebende Leichen aus der industriellen Massentierhaltung.

Aber es ist eben kein neuer umwelt- und menschenfreundlicher Verband, der sich da bei der Presse als „Bundesverband für Tiergesundheit e.V.“ vorstellen möchte. Es ist ein finsternes Bündnis der „Tiergesundheitsindustrie“ - so nennt sie sich selbst. In diesem Bundesverband haben sich 30 Pharmaunternehmen zusammengefunden, die nach eigenen Angaben 90 Prozent des deutschen Marktes unter sich aufgeteilt haben. Was diese Tiergesundheitsschützer produzieren? Eben alles, was die gräßliche

Massentierhaltung möglich macht: „Produkte zur Steigerung der Immunabwehr“, „Therapeutika zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten“, „weitere Produkte zur Gesunderhaltung der Tiere, z.B. entzündungshemmende Mittel, Diuretika, Herz-Kreislaufpräparate und Vitamine“ und „Wirkstoffe zur Verbesserung der Futterverwertung und zur Futtereinsparung“. Das alles ist natürlich amtlich zugelassen.

Damit kein Mißverständnis entsteht: wir von der EfuN haben nicht dagegen, daß kranke Tiere vom Tierarzt behandelt werden, im Gegenteil. Aber wir sind dagegen, wenn eine lebensfeindliche, für die Tiere qualvolle und für die menschliche Ernährung ungesunde industrielle Fleischproduktion durch Pharma-Krücken aufrechterhalten wird. Und genau darum geht es diesem Bundesverband für angebliche Tiergesundheit. Jörg Feldner

entnommen aus: Eltern für unbelastete Nahrung e.V. (EfuN), Meßwert-Info 8, 28.4.1995

Wolfgang Ehmke

Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Radioaktiver Zerfall der Grundrechte

Wir müssen eine Niederlage verkraften. Seit 1983 wartete die Brennelementenlagengesellschaft Gorleben auf diesen Tag, immer wieder war es uns gelungen, mit einem Mix aus Protest- und Prozeßstrategie, Militanz und Massenmobilisierung die Inbetriebnahme des Zwischenlagers Gorleben abzuwenden. Nun steht seit dem 25. April ein erster Castor in der Lagerhalle mit Luftkühlung. Während sich der Troß aus schwerem Raumgerät, Wasserwerfern und Polizei-Mannschaftswagen im Schrittempo von der Verladestation Dannenberg-Ost in Richtung Gorleben bewegte, donnerten zwei Düsenjets der Bundeswehr im Tiefflug über den Tieflader mit der hochaktiven Fracht hinweg. Das Restrisiko läßt grüßen.

419 Transporte sollten folgen. 160 Stellplätze in Gorleben sind für die verglasten hochradioaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung reserviert, der Rest für die angebrannten Brennelemente aus den Atommeilern. Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) kündigte für dieses Jahr drei weitere Castor-Transporte an. Biblis, Gundremmingen und Cap de la Hague sind nach unseren Informationen die Absender. Wut statt Verzweiflung, Entschlossenheit statt Resignation sind aus der Niederlage erwachsen. Auf den Tag X folgt der Tag X 2, heißt es auf unseren Plakaten, die längst geklebt werden. Am 13. Mai wird in Hannover demonstriert. Gegen das Atomprogramm der Bundesregierung, für den Sofortausstieg.

Die wachsende Entschlossenheit speist sich aus vielen Quellen. Da ist die monatelange „Castordebatte“, deren Dauer es möglich machte, die Sachprobleme aus unserer Sicht darzustellen. Deutlich geworden ist: Ob der Castor in Philippsburg lagert, ob er auf dem Transportweg nach Gorleben gar auf Bundeswehrgelände in der Lüneburger Heide einen Zwischenstopp einlegt oder ob er in der Halle in Gorleben steht — nichts von alledem ist ein veritabler Entsorgungsschritt. Man schiebt das Problem der ungelösten Atommüllentsorgung nur von der einen Ecke der Republik in die nächste.

Die Entsorgungsproblematik verschärft sich, wenn die Atomherzeuger nicht endlich die Wiederaufbereitungsverträge mit der französischen Cogéma und der britischen BNFL kündigen. Bis zum 30. Juni räumt die Cogéma den deutschen Kunden die Möglichkeit der Kündigung ihrer Altverträge ein. Von den verabredeten 4700 Tonnen Mengen Kernbrennstoff sind in La Hague bislang erst 2500 aufgearbeitet worden. Ein Entsorgungsbeitrag, das weiß jeder, ist dies nicht: 39 Tonnen Plutonium sind abgetrennt, 2200 Tonnen Uran sind verschmutzt und taugen nicht zur Brennelementenfertigung, die Kokillen mit hoch- und mittelaktivem Müll müssen zurückgenommen werden. Insgesamt erhöht sich das Volumen des Atom- und Kernmülls durch die Wiederaufarbeitung nach Angaben des Öko-Instituts Darmstadt um das sieben- bis zwölffache. Jede Blockadeandrohung auch und gerade, wenn es um die Rücklieferung der Kokillen geht, hat zum Ziel, den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft zu besiegeln.

Die monatelange Castordebatte hat bundesweit zu einer Renaissance der *Anti-AKW-Bewegung* beigetragen. Gab es früher symbolträchtige Orte wie Wyhl und Wackersdorf, formiert sich der Protest heute gegen einen Transport- und Lagerbehälter. Ein flächendeckendes Aktionsprogramm: Es vernetzt die Protestszene zwischen Biblis und Gorleben, Philippsburg und Ahaus.

7600 Beamte von Polizei und BGS waren im Einsatz, weitere 7000 hielten sich in Reserve, die Kosten beim ersten Castor-Transport beliefen sich auf rund 50 Millionen Mark. Das belegt zweierlei. Das Atomprogramm ist politisch gegen die Bürgerproteste nur noch „militärisch“ durchsetzbar. Deutlicher kann man nicht demonstrieren, daß die Atomkraft am Ende ist. Und die anhaltende Debatte um die hohen Kosten des Transports verrät, daß die Atomgemeinde an der empfindlichsten Stelle getroffen ist, am Geldbeutel.

Hinzu kommt, daß unser Verhalten am Tag X vorbildlich war. Gewaltfreie Sitzblockaden auf der Schiene und auf der Straße, Traktoren, die sich querstellten — wir haben uns trotz prügelnder Polizisten, schwerer Verletzungen bei Wasserwerfereinsätzen und demolierter Traktoren nicht zu gewaltsamen Aktionen hinreißen lassen. Wir wußten: Wenn der Castor rollt, können wir die Einlagerung nicht mehr verhindern, sondern nur noch behindern. Das Versagen der „offiziellen“ Politik ist die eine Seite, der trotzig Akt der Anti-Atom-Querköpfe die andere. Die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht erinnert an den Kampf zwischen David und Goliath. Wir können in dieser Auseinandersetzung nur bestehen, wenn Zivilcourage nicht weiter kriminalisiert wird.

In der CDU/CSU wird nach Haftstrafen für Sitzblockierer gerufen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das Sitzblockaden nicht länger als Nötigung wertet, war die überfällige Anpassung des Demonstrationsrechts an die „Vielgestaltigkeit des Lebens“, wie die Richter formulierten. Wer das Demonstrationsrecht nun mit dem Straf- beziehungsweise Zivilrecht aushebeln will, offenbart damit nur noch die weitere Facette des Atomstaats, den radioaktiven Zerfall der Grundrechte.

Dieseruß ist krebserzeugend

Umweltbundesamt widerspricht der Automobilindustrie

Bislang war allgemein bekannt, daß Dieselruß in Tierversuchen bei Ratten Krebs verursacht. Jetzt ist zusätzlich ermittelt worden, daß Dieselruß in Kombination mit anderen Schadstoffen auch bei Hamstern Tumore im oberen Atemtrakt hervorrufen kann.

Auch beim Menschen besteht ein Krebsrisiko durch Dieselruß: das Umweltbundesamt ermittelte bei Bus- und Lkw-Fahrern sowie bei Eisenbahnern und Beschäftigten in Reparaturwerkstätten eine statistisch höhere Rate an Lungenkrebs. Bei den krebserzeugenden Abgasen sei die Wirkung des Dieselmotors 13mal höher als beim Benzinmotor. Das Umweltbundesamt widerspricht damit der Automobilindustrie, die wiederholt darauf hingewiesen hatte, daß keine Hinweise für eine krebserzeugende Wirkung beim Menschen vorlägen.

Auch der Oxidationskatalysator ändert nichts an der Schädlichkeit der Diesel-Abgase. Hier helfen nur ein Rußfilter (aber noch nicht erhältlich) und Kraftstoff mit einem geringeren Schwefelgehalt.

In der Bundesrepublik ist der Anteil der Diesel-Pkw gemessen an der Gesamtzahl der Pkw auf ca. 20 Prozent gestiegen. Dies vermutlich durch die Steuerpolitik der Bundesregierung, die einen Preisvorteil von ca. 50 Pfennig für Diesel pro Liter an der Tankstelle suggeriert. Dabei wird aber verkannt, daß der Dieselwagen in der Anschaffung deutlich teurer ist, mehr Kfz-Steuer kostet, häufiger Ölwechsel benötigt und - wie oben ausgeführt - ein höheres Lebensrisiko bedeutet.

Was wir dringend benötigen, sind kleine und leichte Autos.

Wo bleibt das GREENPEACE-3-Liter-Auto?

Die Tschernobyl-Opfer zählt jeder anders

Unklarheit über die Zahl der Strahlentoten

Von Dietmar Ostermann (Moskau)

Neun Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl wächst die Zahl der Opfer in der Ukraine, Weißrußland und Rußland noch immer. Vor allem Folgeschäden, deren Ursachen sich kaum bestimmen lassen, nehmen zu.

Eine im April vom französischen Strahlenforschungsinstitut IPSN vorgelegte Studie schien endgültig Entwarnung zu geben: Die Sterblichkeitsrate liege in dem 1986 vom Fallout betroffenen Katastrophengebiet nicht mehr über dem Durchschnitt. Auch die Lebenserwartung der 600 000 bis 800 000 Menschen, die sich beim GAU von Tschernobyl in der 30-Kilometer-Zone um den Meiler aufhielten oder später als „Liquidatoren“ zu Aufräumarbeiten dorthin beordert wurden, sei nicht geringer als gewöhnlich.

Den Zahlen aus Paris hat nun die ukrainische Gesundheitsbehörde eine erschreckende Statistik entgegengestellt: Mehr als 120 000 Menschen seien bis heute allein in der Ukraine an den Folgen des Unglücks gestorben, heißt es aus Kiew. In Moskau wiederum hält man das für übertrieben: „Da wird bloß Politik gemacht“,

sagt Nelli Meskich vom russischen Gesundheitsministerium. „Auch in Rußland kommen in den verseuchten Gebieten 24 Todesfälle auf eine Geburt — die hohe Sterblichkeit hat aber andere Ursachen, die jungen Leute sind eben weggezogen.“

Weißrußland, das am stärksten von der Strahlenwolke betroffen war, meldet die niedrigsten Opferzahlen. Hier, so berichtet der stellvertretende Gesundheitsminister Nikolaj Kretschenko, wurden 1994 nur 150 gestorbene Weißrussen zu „Tschernobyl-Opfern“ erklärt — rund zehnmal weniger als im gleichen Zeitraum in der Ukraine.

Je länger die Katastrophe zurückliegt, desto weiter klaffen Angaben über Opferzahlen auseinander. Einheitliche Kriterien gibt es nicht. In einem aber sind sich alle einig: Die sekundären Gesundheitsschäden nehmen in den betroffenen Gebieten eher zu als ab. So hat das IPSN in Weißrußland, Rußland und der Ukraine eine starke Zunahme von Schilddrüsenkrebs beobachtet. In Weißrußland ist die Zahl der Schilddrüsenerkrankungen bei Kindern unter 15 Jahren demnach zwischen 1986 und 1994 um das Dreißigfache angestiegen. Erwachsene sind dreimal häufiger betroffen als vor der Katastro-

phe. In der Ukraine stellte das IPSN eine verzehnfachte Häufigkeit von Schilddrüsenkrebs bei Kindern fest.

Das ukrainische Gesundheitsministerium beklagt deutlich mehr Blut-, Nerven-, Darm- und Atemwegserkrankungen bei Kindern. Diese Krankheiten, die nicht in direktem Zusammenhang mit der Strahlenbelastung gesehen werden, hat das IPSN auch in Rußland, Weißrußland und den baltischen Staaten in ungewöhnlicher Häufigkeit ausgemacht.

Wenn sich auch die Ursachen im Einzelfall kaum nachweisen lassen, so macht das stetig schlechter werdende Gesundheitsbild der „Liquidatoren“ den Zusammenhang mit Tschernobyl deutlich. Galten 1986 von den rund 300 000 russischen Aufräumarbeitern — zumeist Männer zwischen 35 und 45 Jahren — noch 78 Prozent als gesund, so hat sich dieser Anteil 1994 auf 48 Prozent verringert. Rund 7000 russische Liquidatoren sind gestorben — vor allem an Herzkrankheiten, Krebs und Atemwegsleiden. Seit vorigem Jahr hat die Krebshäufigkeit so dramatisch zugenommen, daß die Moskauerin Nelli Meskich für 1995 vor einer Katastrophe für diese Menschen warnt: „Der Zustand verschlechtert sich rapide.“

Das süddeutsche Endlager im AKW Obrigheim!?

Die Betreiber des AKW Obrigheim stellten den Antrag, ein

externes Brennelementlager

in dem 1984 errichteten Notstandsgebäude in Betrieb nehmen zu dürfen. Am 17. März 1995 ließ der Wirtschaftsminister Dr. Spöri (SPD) den Antrag einschließlich Sicherheitsbericht und anderen Unterlagen im Bürgermeisteramt Obrigheim auslegen. Die Bevölkerung hat Gelegenheit, bis zum 29. Mai 1995 Einwendungen gegen das geplante Zwischenlager zu machen.

Von Anfang an wurde die Bevölkerung über die Bedeutung des Notstandsgebäudes getäuscht. Das AKW plante in seinem Antrag 1976, ein Zwischenlager im Notstandsgebäude einzurichten. Nach Protesten der Bevölkerung erklärten die Betreiber des AKW am 14.6.78: "Das externe Brennelementlager soll nicht der Entsorgung von verbrauchten Brennelementen dienen". Und der - damals zuständige - Bundesminister des Inneren teilte am 11.7.78 den zuständigen Landesministern mit: „Ich bitte sicherzustellen, daß das Wasserbecken des Notstandssystems nur zur zeitweisen Auslagerung der normalerweise im Reaktorgebäude vorhandenen Brennelemente benutzt werden darf“. Der jetzt offengelegte Antrag fügt sich nahtlos in die bisherige Skandalchronik ein: Über die innerhalb der Betonkuppel gelagerten 230 abgebrannten Brennelemente hinaus sollen im beantragten Zwischenlager - außerhalb der Betonhülle - weitere

980 bestrahlte Brennelemente

mit sehr hoher Radioaktivität gelagert werden. Diese Masse an Brennelementen entspricht in etwa einer Betriebsdauer von 27 Jahren.

Die Bevölkerung der Region um das AKW wird schon jetzt einem außerordentlich hohen Risiko durch den hochgradig versprödeten Atomreaktor ausgesetzt, das über das sogenannte Restrisiko weit hinausgeht.

Welche Folgen hätte die geplante Lagerung der abgebrannten Brennelemente im Notstandsgebäude des AKW?

- Die Menge radioaktiver Substanzen im AKW würde nahezu verdoppelt.
- Das Zwischenlager würde den Betrieb des AKW für mindestens 27 Jahre gewährleisten.

Das Notstandsgebäude wurde Ende der 70er Jahre geplant - nach dem damaligen Stand von Wissenschaft und Technik. Und dieses Gebäude soll nun dazu dienen, abgebrannte Brennelemente mit einer enormen Menge an radioaktiven Substanzen sicher zu verwahren? Im Genehmigungsantrag des AKW werden Systeme für Kühlung, Transport, Halterung der Brennelemente etc. beschrieben, die nicht dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. Zudem bietet das Notstandsgebäude, in dem das „Zwischen“-Lager untergebracht werden soll, keinen Schutz gegen Erdbeben, Flugzeugabsturz und Angriffe von außen; nicht zu vergessen, daß beinahe jährlich neue Hochwasserrekorde aufgestellt werden.

Die Zukunft des AKW Obrigheim ist mehr als ungewiß, der gegenwärtige Probebetrieb ein Skandal. Was also bedeutet unter dieser Voraussetzung der Antrag auf Inbetriebnahme eines Zwischenlagers tatsächlich? In Wahrheit ist es der verkappte Antrag auf Errichtung des

Endlagers im süddeutschen Raum

ganz im Sinne der Umweltministerin Frau Merkel, die die „Zwischen“-Lager regionalisieren will.

Was soll unserer Region noch alles zugemutet werden? Genügt es nicht, daß in der Umgebung von Atomkraftwerken erhöhte Zahlen von Leukämie-Krebserkrankungen beobachtet werden? Diese Aussage gilt sowohl für Kinder wie für Erwachsene.

Wir werden uns mit allen rechtlichen Mitteln dagegen wehren, der Atomindustrie als Versuchskaninchen zu dienen. Daher:

Wehren Sie sich mit den Mitteln der Demokratie! Erheben Sie Einspruch gegen das geplante

Brennelementelager des AKW Obrigheim!

An den Wirtschaftsminister
des Landes Baden-Württemberg
- Herrn Dieter Spöri -
Theodor-Heuss-Str. 4
70174 Stuttgart

Betrifft: Externes Brennelementelager des Kernkraftwerks Obrig-
heim (KWO)

E I N S P R U C H

Hiermit erhebe ich gegen die Einbringung von Brennelementlager-
gestellen in das externe Lagerbecken des KWO sowie gegen die
Handhabung und Lagerung von Brennelementen in diesem Lagerbecken
folgende Einwendungen:

Die Lagerkapazität von 1210 Brennelementen zeigt, daß es sich
in Wirklichkeit um ein Endlager handelt. Dies würde ausreichen,
um das KWO noch 27 Jahre weiterzubetreiben. Hinweise auf spätere
Endlagerung fehlen.

Das Zwischenlager ist gegen äußere Einwirkungen, wie z.B. Flug-
zeugabsturz, Erdbeben, Hochwasser, terroristische Angriffe nur
ungenügend gesichert.

Bei Störfällen im Reaktor ist die Kühlwasserversorgung des Lager-
beckens nicht sichergestellt. Die Kühlsysteme des Beckens sind
nicht nach heutigem Standard dreifach, sondern nur zweifach
ausgelegt.

Das Notstandsgebäude, das als Brennelementlager dienen soll,
wurde 1979 geplant, 1984 errichtet und genügt daher nicht den
heutigen Anforderungen an Wissenschaft und Technik (Brandschutz,
Kühlung).

Das radioaktive Potential in Obrigheim würde durch die geplante
Maßnahme nahezu verdoppelt; bei einem Störfall würden unter
Umständen große Mengen Radioaktivität freigesetzt.

Die mit dem Zwischenlager verbundenen Gefahren bedrohen mich
in meinem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
gemäß Artikel 2,2 Grundgesetz.

Name (Druckschrift)	Straße, Ort	Unterschrift

Bitte bis 24.5. zurück an: [REDACTED]